

11. MRZ. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/51 - 1. März 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 Die Verantwortung hat die Bundesregierung 36
Einige Bemerkungen zur "Affäre Kroll"

2 Algerien und die französische Armees 36
Die große Unbekannte
Von * * *

3 Versuch eines Brückenbaues ? 46
Jugoslawien plant internationalen Gewerkschaftskongreß
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

4 - 6 Mehr Staaten - mehr Diplomaten 144
Botschaften in und aus aller Welt
Von Karl Meyer

* * * * *
* * *

Die Verantwortung hat die Bundesregierung

Einige Bemerkungen zur "Affäre Kroll"

sp - Über der jetzt entbrannten Auseinandersetzung um Botschafter Kroll in Moskau liegt der unangenehm-wirkende Dunst einer Intrige. Bisher hat man die Repräsentanten der Bundesrepublik im Ausland von seiten des Auswärtigen Amtes, aber auch in der deutschen Presse, mit einer gewissen Delikatesse behandelt, eingedenk der schwierigen Aufgabe, die ihnen gestellt ist. Ob nun Herr Kroll selbst Anlass zu dem jetzigen Wirbel gegeben hat, oder ob er in seinen Initiativen vor einer hochgestellten Persönlichkeit in Bonn bestärkt wurde - das ist eigentlich die Kernfrage der ganzen sehr wenig schönen Auseinandersetzung.

Dass Herr Kroll ein temperamentvoller Mann ist, weiss man bereits seit einigen Jahren. Schon während seiner Botschaftertätigkeit in Tokio hat es Situationen gegeben, die zum Teil sicher durch Herrn Krolls Eigenwilligkeit heraufbeschworen worden waren. Als er zum Nachfolger des jetzt in den Ruhestand getretenen Botschafters in Moskau, Herrn Haas, ernannt wurde, wussten alle Eingeweihten, dass der Ostexperte Kroll sehr starke politische Bindungen zu einem bestimmten Kreis von FDP-Politikern hatte, trotzdem jedoch über gute Beziehungen zum Bundeskanzleramt verfügte. Die Position Krolls war derart, dass nicht einmal Herr von Eckardt im Herbst vergangenen Jahres wusste, wie weit das Einvernehmen zwischen Adenauer und Kroll gediehen war. ..

Wenn jetzt wieder eine "Affäre Kroll" im deutschen und ausländischen Blätterwald aufrauscht, ist es gut zu wissen, dass es schon früher viele derartige Affären gegeben hat, und dass die jetzige in gewissem Sinne nur ein Teilaspekt dessen ist, was man in Bonn "Aussenpolitik" zu nennen pflegt.

Wie dem aber auch sei: Der Bundestagsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten hat das Recht und die Pflicht, die letzte Aufklärung des ganzen "Komplexes" Kroll zu fordern. Die Bundesregierung ist verpflichtet, diese Aufklärung zu geben; sie trägt die Verantwortung. Zunächst hat man, unabhängig von den bereits gegenüber der Presse abgegebenen Kroll-Erklärungen in Moskau, abzuwarten, wie das offizielle von Auswärtigen Amt angekündigte Untersuchungsergebnis ausfällt. Bis dahin sollte man die ganze Angelegenheit mit äusserster Reserve behandeln. "Interpretationen" und von bestimmten Seiten lancierte "Kommentare" sind nicht geeignet, den Knäuel der ohne Zweifel auch vorhandener Intrigen persönlicher Art zu entwirren.

+ + +

Algerien und die französische Armee

Von * * *

Wenn in diesen Tagen offiziell das erwartete Waffenstillstandsabkommen zwischen der französischen Regierung und der provisorischen Regierung Algeriens unterzeichnet wird, bleibt immer noch als grosse Unbekannte die französische Armee, oder besser gesagt, ihr Offizierscorps, ein ungelöstes Problem. Zwar hat Staatspräsident de Gaulle vor einigen Tagen die Armeechefs nachdrücklich darauf hingewiesen, wo ihr Platz ist, aber doch gibt es immer noch Nachrichten, aus denen eine gewisse Verbindung zwischen den Terrorgruppen der OAS und einigen Offizieren geschlossen werden kann. So ist es zum Beispiel merkwürdig, dass in Algerien trotz eines riesigen Aufgebots von Armee- und Polizeieinheiten der OAS-Terror eine unvorstellbare Steigerung erfahren konnte. Fast im Angesicht der "Schutztruppen" werden Moslems auf offener Strasse niedergeknallt.

In Frankreich macht man einen grossen Unterschied zwischen jenem Teil der Armee, der aus Berufssoldaten besteht und dem anderen Teil, dessen Hauptgruppen von den Wehrpflichtigen gestellt werden. Es klingt merkwürdig, wenn man hört, dass gerade diese letzteren Teile der Armee, auf die de Gaulle eigentlich zählen könnte, in Reservestellung abseits der Terrorzentren gehalten werden. Hier scheint noch einige Unklarheit darüber zu bestehen, wer in Algerien wirklich das Oberkommando in der Hand hat.

Im Mutterland Frankreich sind die Dinge klar. Hier ist die Armee seit längerer Zeit gekübert worden. Berufsoffiziere, die im Salan-Putsch kompromittiert waren, wurden in Massen versetzt oder vorzeitig in Pension geschickt. Die Truppe steht in enger Verbindung mit der Bevölkerung, deren politischer Einfluss eindeutig gegen den OAS-Terror gerichtet ist.

De Gaulle muss wohl damit rechnen, dass die OAS-Führung in einem letzten Verzweiflungsakt versuchen wird, die Atmosphäre des Terrors in Algerien zu erhalten. Wie weit die OAS damit kommt, ist schwer vorauszusagen. Der Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Frankreich und der FLN würde die mit der OAS sympathisierenden Europäer in Algerien politisch, wirtschaftlich und militärisch isolieren. Wahrscheinlich nimmt de Gaulle an, dass dann die OAS nicht mehr lange als politischer und militärischer Faktor in Rechnung gestellt werden müsste. Bis dahin jedoch können die verzweifelten Abenteurer um Salan noch viel Unheil anrichten, denn von der Stunde des Waffenstillstandsabkommens an sind auch sie sich bewusst, dass sie auf verlorenem Posten stehen.

+ + +

Versuch eines Brückenbaues ?

Vom unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die in der letzten Monater recht intensiven Kontakte des Gewerkschaftsbundes Jugoslawiens (GBJ) scheinen sich einem Ziel entscheidend genähert zu haben, das sie ganz offensichtlich bereits seit längerer Zeit anstreben. Nach einer Rede des Gewerkschaftsvorsitzenden Vukobranovic zu schliessen, kann möglicherweise schon in näherer Zukunft mit einem internationalen Gewerkschaftstreffen gerechnet werden, wobei nicht überraschen sollte, wenn Belgrad einmal mehr Ort des Geschehens wird.

Die Initiative der jugoslawischen Gewerkschaften ist zweifellos maßgeblich durch die Belgrader Aussenpolitik der Blockfreiheit inspiriert. Zu auffallend ist die Ähnlichkeit zwischen der noch nicht verwirklichten gewerkschaftlichen Idee und der Belgrader Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder. Gleichviel, wer auch immer der Hauptbefürworter des Gewerkschaftstreffens sein mag, scheint der Plan im Prinzip bereits heute die Zustimmung einer Anzahl asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Gewerkschafter zu besitzen, die im gewerkschaftlichen Sinne "blockfrei", also weder im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) noch im Weltgewerkschaftsbund (WGB) organisiert sind. Dürfte sich der Stamm der dem Kongress geneigten Gewerkschaften auch vorwiegend aus den Ländern rekrutieren, deren Staats- bzw. Regierungschefs im vorigen September auf der Belgrader Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten anwesend gewesen waren, hegt man in hiesigen Gewerkschaftskreisen unverhohlene Hoffnungen, den durch die Gewerkschaftskonferenz erfassten Länderkreis zu erweitern, ja unter Umständen sogar die Teilnahme von Gewerkschaften zu erreichen, die Mitglieder der beiden grossen internationalen Gewerkschaftsorganisationen sind.

Ähnlich wie im politischen Bereich ist es offen erklärtes Anliegen der jugoslawischen Gewerkschaften, mit der Konferenz etwas von den gegenwärtigen "gewerkschaftlichen Blockdifferenzen" abzubauen. Keineswegs, so versichert man, sei etwa daran gedacht, noch eine dritte internationale Gewerkschaftsverbindung zu schaffen. In Belgrad scheint man sich der Schwierigkeit der Aufgabe bewusst zu sein, die allein im Versuch der organisatorischen Vermittlung zwischen IBFG und WGB liegt. So sind die vorläufigen Vorstellungen in bezug auf das Konferenzanliegen noch sehr allgemäss gehalten. Man betont, die Konferenz könnte dazu beitragen, allmählich mehr gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und Teilresultate für eine Zusammenarbeit zu finden. Voraussetzung hierfür müsse selbstverständlich sein, dass die "absoluten und dogmatischen Auffassungen, wie sie bisher von den beiden internationalen Gewerkschaftsvereinigungen vertreten werden", aufgegeben werden.

Der WGB scheint zumindest über einzelne seiner Mitglieder die Vorgänge zur Vorbereitung einer solchen gewerkschaftlichen Konferenz unmittelbar zu beobachten. Ihm dürfte sicherlich daran gelegen sein, in jeder sich bietenden Form mit den ungebundenen Gewerkschaften der neuen afro-asiatischen Staaten Kontakte herzustellen oder diese zu intensivieren.

Mehr Staaten - mehr Diplomaten

In der UNO waren gegen Ende des vergangenen Jahres 103 Mitgliedsstaaten registriert. Wenn alle diese Staaten untereinander diplomatische Vertretungen austauschen - jeder mit jedem - und wenn man dann die 103 Vertretungen hinzurechnen würde, die sie alle zusätzlich auch bei der UNO selbst unterhalten, dann käme man auf eine Endzahl von 10609 verschiedenen Missionen.

Würde man alle diese Missionen nur mit einem Minimum von drei Diplomaten und drei Kräften des mittleren Dienstes besetzen - das wäre eine sehr schwach besetzte Vertretung -, dann gäbe das ein diplomatisches Massenaufgebot, aus dem einige kriegsstarke Divisionen gebildet werden könnten.

Die Wirklichkeit ist von diesen Zahlen nicht allzuweit entfernt, sie wird sie wahrscheinlich sogar übertreffen. Denn die Botschaften bedeutender Staaten, die bei anderen bedeutenden Staaten unterhalten werden, sind gewöhnlich mit Dutzenden, ja mit Hunderten von diplomatischen Fachkräften besetzt. Wer einmal den Bau der amerikanischen Botschaft in Mexiko gesehen hat, der macht sich da die richtigen Vorstellungen.

Immer mehr "Abteilungen"

In den Zeiten vor dem ersten Weltkrieg genügte vielleicht der Kulturattaché, dem ein junger Mann in der Ausbildung beigegeben wurde und dazu ein kleiner Stab von drei oder vier technischen Kräften. Aus dem Kulturattaché ist inzwischen eine Kulturabteilung mit Unterabteilungen geworden. Daneben gibt es da eine Rechtsabteilung, eine Sozialabteilung und mehrere andere Abteilungen.

Dazu kommen dann die Militärattachés, manchmal in einigen Häusern, besonders da, wo die Ungunst öffentlicher Verhältnisse die Unterbringung in einem zentralen Bau nicht möglich machte.

Hier ein Beispiel aus dem örtlichen Fernsprechbuch für das Ortsnetz Bonn, Ausgabe 1961. Die Argentinische Botschaft gibt dort zunächst ihre Kanzlei in der Koblenzer Straße an, nennt dann den Botschafter, seine Residenz in Bad Godesberg und eine besondere Wirtschaftsabteilung. Es folgen: Attaché für Luftfahrt, Militärattaché und Marineabteilung.

Personalbedarf

Die Königlich Griechische Botschaft führt an: Handelsabteilung, Presseabteilung, Militärabteilung, alles in getrennten Häusern.

Große Botschaften haben gewöhnlich auch eigene Public relations-Gruppen, die ihre eigenen Artikeldienste und Nachrichtendienste herausbilden. Sie verfügen manchmal auch über Bilderdienste, in jedem Falle über Foto- und Filmarchive. Interessenten können dort Filme über Folklore, Wissenschaft, Industrie u.ä. ausleihen.

Andererseits ist die Diplomatie von heute von der Realisierung der Formel "jeder bei jedem" noch weit entfernt, und es ist sehr die Frage, ob sie jemals im vollen Umfang wird erreicht werden können. Diplomatie treiber und Diplomaten haben, das ist ein sehr kostspieliges

1. März 1962

Vergnügen. Für die vielen jungen Staaten, mit denen wir heute zu tun haben, ist es fürs erste immer eine schwere, manchmal einfach nicht zu bewältigende Aufgabe.

Aber auch für die alten und ältesten Staaten ergeben sich Probleme verschiedener Art. Die ständig zunehmende Zahl neuer junger Staaten setzt eine ständig steigende Zahl an Fachkräften, an Kräften des mittleren Dienstes und schließlich auch an den rein technischen Kräften, Sekretarinnen, Personal anderer Art usw. voraus.

Auch in Bonn, im Ministerium des Auswärtigen, gehört dieser ständige Personalbedarf zu den Dauersorgen des Hauses. Das Amt ist seit Jahren auf der Suche nach guten Kräften, wird dem wirklichen Bedarf niemals in vollem Umfang gerecht und sucht sich zu helfen, indem es Fachwuchs aus anderen Räumen, aus anderen Verwaltungszweigen oder auch aus der Presse, heranzieht.

Neuer Trend: Nur noch Botschaft

Die Fluktuation in unseren auswärtigen Vertretungen ist außerordentlich lebhaft, am lebhaftesten dort, wo in der letzten Zeit die meisten jungen Staaten entstanden sind - in Afrika. Kaum ist irgendwo eine Gesandtschaft etabliert, da beginnen bereits jene Versetzungen, die praktisch darauf hinauslaufen, das Ganze in mehrere Teile aufzuspalten. In der Nähe des eben "besetzten" Landes ist ein ganz neuer Staat entstanden, und sofort, möglichst aber schon ein bißchen früher, ist eine neue Gesandtschaft einzurichten. Dann treffen jene Telegramme ein: "Zwei bis drei Ihrer Herren abzustellen..." Oder: "Konsulat X zum Generalkonsulat ausbauen. Legationsrat H versetzt..." Diese Teilungsprozesse erinnern an die Zellteilungen der Amöben, auch Wurzelhäusler oder Wechseltierchen genannt.

Es kommt hinzu, daß sich im diplomatischen Leben der letzten Jahre ein bestimmter Trend bemerkbar macht: Neue ausländische Missionen werden von vornherein, ob es sich um große oder kleine Staaten handelt, als Botschaften aufgezogen. Es ist eine reine Etikette-Frage, was die Großen können, das wollen auch die Kleinen. Hier wird ein Rest jenes alten und vergilbten protokollarischen Ehrgeizes sichtbar, der einmal das Charakteristikum der Diplomatie war und der zeitweise groteske Formen annahm, ja zu Zank und Rangstreitigkeiten, manchmal sogar zu Handgreiflichkeiten führte.

Dabei ist, praktisch gesehen, der Unterschied zwischen einem Botschafter und einem Gesandten nicht sehr erheblich. In der Bundesrepublik wird dieser Unterschied einmal im Jahre sichtbar, nämlich bei Neujahrsempfang der Diplomaten durch den Bundespräsidenten. Da geht es dann um den Platz, der dem Herrn Missionschef am Rand des großen grünen Teppichs einzuräumen ist.

Beim letzten Godesberger Empfang erschienen in der "Redoute" 81 Botschafter und nur vier Gesandte; die von Kenaco, des Yemen, von Haiti und Birma. Ihnen schlossen sich verschiedene Geschäftsträger an.

In der Geschichte dieser Neujahrsempfänge ist die neuere Geschichte der Diplomatie abzulesen. Bei diesem letzten Empfang, am 8. Januar 1962, waren im ganzen 89 verschiedene Missionen vertreten. In dieser Zahl drückt sich die Bedeutung des Platzes Bonn und damit der Bundesrepublik aus. Sie kommt der Zahl der UNO-Mitgliedstaaten, wie wir sehen, schon recht nahe. Sie war in diesem Jahre um 15 höher als im Vorjahr. Ein Jahr weiter zurück waren es 30 weniger gewesen. In Bonn allein also hat sich

die Zahl der Missionen innerhalb von zwei Jahren um 30 erhöht. Wie schnell das Wachstum vorangeht, wird an einer Einzelheit sichtbar: Während die Drucksachen für den Empfang im letzten Januar in Auftrag gingen, erhöhte sich die Zahl der ansässigen Missionen abermals um zwei, nämlich um Syrien und Madagascar.

Hohe Repräsentationskosten

"Neuer afrikanischer Staat" - so heißt es eines Tages. Nun, die meisten dieser neuen Staaten, vor allem der afrikanischen, gehören in die Gruppe jener Länder, die wir heute als Entwicklungsländer bezeichnen und deren finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Status damit charakterisiert ist. Jeder dieser neuen Staaten hat sein eigenes Sozialprodukt, gewiß, aber gewöhnlich handelt es sich um Sozialprodukte, die sich - zunächst jedenfalls - lediglich aus dem agrarischen Sektor ergeben. Die Zahlen liegen beträchtlich unter europäischen Vorstellungen und Gegebenheiten. Andererseits sind die Verpflichtungen, die so ein junger Staat hat, enorm. Wir wissen das, und weil wir es wissen, müssen wir die Sorgen dieser jungen Staaten verstehen. Die Startsituation ist jedesmal recht verschieden. Aber fast überall ist Aufbau auf der ganzen Linie nötig. Außer der Regierung selbst ist zunächst nicht viel da. Es ist also nötig, zunächst einmal die ganze Verwaltung auf die Beine zu stellen. Für die Ministerien müssen Häuser gebaut werden, in den Provinzhauptstädten sind die mittleren Instanzen aufzubauen und unterzubringen. Schließlich ist auch das Parlament da, das untergebracht sein will. Funk und Fernsehen, Armee und Polizei, Beschaffung von Waffen und Fahrzeugen, Aufbau eines Flugdienstes und Ausbau gegebener Verkehrsverbindungen, - der neuen Aufgaben ist kein Ende.

Dazu kommt nun noch der Aufbau einer Diplomatie, jedenfalls in ihrer Anfängen. Hier ist die Arbeit doppelt schwierig, denn es werden Devisen gebraucht. Jeder Dollar, der einem Botschafter überwiesen wird, muß aus dem Export verdient werden. Und die auswärtigen Vertretungen haben in einer Welt zu leben, die weit über dem Standard des eigenen Landes lebt und entsprechend teurer ist.

In allen Hauptstädten der Welt wird Klage über die hohen Mieten geführt. Die Preise in Bonn sind schlimm genug. Aber wahrscheinlich sind es noch nicht die schlimmsten. In Rom zahlt schon der ausländische Student für ein schlicht möbliertes Zimmer 100 bis 150 Mark. Man kann sich ausrechnen, was unter diesen Umständen eine ganze Etage oder gar ein komplettes Haus kostet, noch dazu in repräsentativen Gegenden oder gar in der Stadtmitte. Auf ein Minimum an Repräsentation achtet auch der junge neue Staat. Bei einer sehr schwach besetzten Mission in Bonn, insgesamt 8 bis 10 Mitarbeiter, betragen die minimalen Kosten rund 300 000 Mark im Jahr. Dabei sind Flugzeugreisen, besondere Repräsentationsausgaben und andere Sonderausgaben noch nicht inbegriffen. Der junge Staat, der sich bei zehn Mächten Missionen leistet, hat pro Jahr mindestens 5 bis 8 Millionen Mark aufzubringen. Es ist daher zu begreifen, daß der Ausbau eines diplomatischen Netzes nur schrittweise und ununterbrochen vollzogen wird.